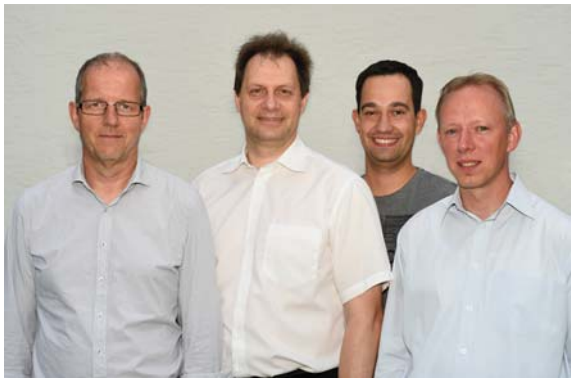
Der Kehrbesen

Die Zeitung des SPD-Ortsvereins für die Gemeinde Geltendorf
*28. Jahrgang * August 2017 * Nr. 41*
*Informativ und unterhaltsam * Parteilich und unabhängig * Subjektiv und kritisch*

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger aller Ortsteile der Gemeinde Geltendorf,



Der neue Vorstand des SPD Ortsvereins
W. Tochtermann, E. Bensch, T. Zech, D. Ossadnik

wir haben ein paar gute Nachrichten. Im Juli haben wir turnusgemäß einen neuen Vorstand im Ortverein der SPD gewählt. Besonders erfreulich ist dabei, dass wir wieder vier Vorstandsmitglieder sind: Torsten Zech als Kassier, Dennis Ossadnik als Schriftführer, Ewald Bensch als stellvertretender Vorstand und Werner Tochtermann als Vorstand. Ein Wermutstropfen ist, dass unser langjähriges Vorstandsmitglied Eckart-Georg Miehle, der uns u.a. viele Jahre im Vorstand und im Gemeinderat als Fraktionsvorsitzender zur Seite stand, krankheitsbedingt nicht mehr zur Verfügung steht. Wir wünschen Eckart alles Gute. Zum anderen sind wir begeistert von unserem Bundestagskandidaten Christian Winklmaier: jung, dynamisch, intelligent, unverbraucht und voller Elan. Besonders in den letzten Monaten haben wir es bei uns im Ortsverein selbst erfahren: Er ist einer der anpackt und macht mit Sinn und Verstand. Was Sie sonst über ihn wissen sollten, können Sie hier im Kehrbesen lesen.

Aus der Gemeinde beziehungweise dem Gemeinderat gibt es eher wenig Gutes zu berichten. Bei Bauanträgen in Geltendorf werden schon mal städtische Gebäude befürwortet, die selbst in Münchner Randbezirken bezüglich der Baudichte nicht genehmigt würden und dann vom Landratsamt gekippt werden müssen. In der Gemeinde liegen über hundert Voranmeldungen für Baugrundstücke während die Bauleitplanung seit Jahren feststeckt. Jetzt erweist sich, was es heißt, wenn man es viele Jahre versäumt, Bauerwartungsland zu kaufen und den Grundsatzbeschluss zu kippen. Wir meinen die Gemeinde Geltendorf braucht in allen Ortsteilen eine nachhaltige Grundstücks- und Bauplanung, und sie muss viel mehr dafür tun. Die Planungshoheit ist schließlich die einzige echte hoheitliche Gemeindeaufgabe und darf nicht vernachlässigt werden. Das Feuerwehrhaus zieht sich, dafür wurde auch die Sporthalle wieder einmal zurück gestellt. Es kommt auch schon mal vor, dass ein Bauherr sein Haus nicht beziehen kann, weil die Erschließung zehn Monate nach dem Antrag noch nicht fertig ist. Unsere Vertreter im Gemeinderat, Martina Goldbrunnner, Wolfgang Albertshofer und Ernst Haslauer, mühen sich nach Kräften etwas zu bewegen sind aber oft auf verlorenem Posten.

Wenn Sie auch etwas bewegen wollen, besuchen Sie unsere website: www.spd-geltendorf.de oder unsere regelmäßigen Ortsvereins-Versammlungen in Geltendorf, Kaltenberg oder Hausen. Dort berichten unsere Gemeinderäte, wir diskutieren aktuelle Themen und sitzen gemütlich beieinander. Sie können auch unseren Newsletter „Neues aus dem Ortsverein“ kostenlos abonnieren und werden auf kurzem Weg über Gemeinde und Ortsverein informiert. Schicken Sie einfach ein kurze Email an:

"vorstand@spd-geltendorf.de"

mit dem Vermerk „newsletter“. Und wenn Sie sich engagieren möchten, freuen wir über jedes neue Mitglied oder neuenFreund des Ortsvereins.

Ihr Werner Tochtermann

Bundestagskandidat Christian Winklmeier

Anpacken statt granteln – das ist mein Motto in der Politik!

Eingetreten in die SPD bin ich vor einigen Jahren, weil ich mich nicht nur beklagen wollte über „die Politik“ und „die Politiker“, sondern selbst die Zukunft unserer Gesellschaft in die Hand nehmen wollte. Die Zukunft in die Hand nehmen bedeutet für mich, für die Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität einzustehen. Konkret heißt dies, dass alle Kinder und Jugendlichen ähnliche Chancen im Lebensstart bekommen sollten, starke Schultern sich in Zukunft stärker an der Gemeinschaft beteiligen und die Schwächeren unterstützen sollten und wir jede und jeden als das akzeptieren und respektieren, was er oder sie ist: ein Mitmensch. Unabhängig von Glaube, Hautfarbe, Nationalität oder Geschlecht. Wenn ich mir die Entwicklungen der vergangenen Jahre ansehe, dann sehe ich, dass diese Werte von vielen angegriffen werden. Dem Populismus, der Ausgrenzung und teilweise der Hetze muss ein deutliches Zeichen entgegengesetzt werden! In den vergangenen Monaten habe ich mit vielen Gesprächen, Telefonaten und Mails den Austausch mit meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern im Wahlkreis Starnberg-Landsberg-Germering gesucht. Eine Schlussfolgerung aus diesen Gesprächen ist für mich, dass wir unter anderem folgende Themen weiter anpacken müssen: Zuvorderst die Schaffung von preiswertem Wohnraum. Um den Kommunen die Möglichkeit zu bieten, mehr eigenen Wohnraum zu schaffen, brauchen wir Anreize zur Bebauung baureifer Grundstücke (Grundsteuer C), eine Bodenpreisbremse, ein ausgeweitetes Vorkaufsrecht für Kommunen, eine Stärkung kommunaler Wohnbaugesellschaften und eine Beseitigung überflüssiger Verwaltungsvorschriften. Um den Zuzug von Flüchtlingen und anderen Menschen aus dem Ausland besser steuern zu können, brauchen wir eine deutliche schnellere Entscheidung darüber, wer dauerhaft in Deutschland bleiben darf oder ausgewiesen wird, gesteigerte Integrationsmaßnahmen sowie ein Einwanderungsgesetz. Die Reduzierung von Flüchtlingsströmen funktioniert nur, wenn wir die Rüstungsexporte radikal einschränken und Auslandseinsätze der Bundeswehr nur dosiert und mit Zustimmung der UN durchführen. Zur Stärkung der Solidarität in unserer Gesellschaft benötigen wir unter Anderem: eine konsequente Verfolgung von Steuerflucht, die Rückkehr zur Parität in der Sozialversicherung und die Einführung einer Lebensleistungsrente. Auch wenn ich erst 26 Jahre alt bin, habe ich als Gemeinderat in Gilching gezeigt, dass man selbst in jungen Jahren Themen auf den Tisch und Vorschläge durchsetzen kann. Ab September will ich das auch im Deutschen Bundestag machen und bitte deshalb um Ihre Unterstützung!

Meine Top-5-Themen:

1) Preiswertes Wohnen jetzt
2) Gutes Leben im Alter
3) Arbeit gerecht gestalten
4) Mehr Geld für die Kommunen
5) Einwanderungs- und Asylpolitik mit Herz und Hirn

www.christian-winklmeier.de
https://www.facebook.com/winklmeier.christian/
mail@christian-winklmeier.de

DER SPD-KANZLERKANDIDAT

ZEIT FÜR MARTIN SCHULZ

Martin Schulz will Bundeskanzler werden! Und viele Menschen finden das gut! Das Willy-Brandt-Haus war mit über 1.000 Gästen überfüllt, als er am Sonntag seine Ideen von Deutschlands Zukunft vorstellte. Millionen sahen ihn im Livestream und im TV. Einige Tausend sind in den vergangenen Tagen in die SPD eingetreten. Die Umfragen: 5% Plus. Zeit für mehr Gerechtigkeit. Zeit für Martin Schulz.

Und das hat er gesagt:

- „Was wurde mir nicht alles vorgeworfen? Dass ich kein Abitur habe, nie studiert und dass ich aus der Provinz komme. **All diese Dinge sehe ich nicht als Makel, weil ich diese Zuschreibungen mit der Mehrheit der Menschen in unserem Land teile.** Darum bewerte ich so manchen Angriff auf mich – der ‚Europa- und Kommunal-Fuzzi', der noch nicht mal Abitur hat – einfach nur als arrogant und total abgehoben."

- „Ich war 11 Jahre Bürgermeister einer Stadt mit 40.000 Einwohnern. **Ich weiß, was los ist** beim Arbeitsamt, bei der Polizei, beim Jugend- und Sozialamt, in den Schulen und Altenheimen, bei den Mittelständlern und kleinen Ladenbesitzern, bei Gewerkschaften, im Sportclub, in der lokalen Kulturszene und bei der Feuerwehr."

- „Die Partei der Höckes, der Gaulands und Petrys ist keine Alternative für Deutschland, sondern sie ist eine Schande für die Bundesrepublik. Das Bollwerk gegen diesen wütenden Nationalismus hat drei Buchstaben: SPD! **Wir machen den Rücken gerade und sagen den Radikalen den Kampf an!"**

- „Wenn wir locker Milliarden zur Rettung von Banken mobilisieren, aber der Putz in den Schulen unserer Kinder von der Wand bröckelt, dann geht es nicht gerecht zu. Das ist die Aufgabe der SPD: **für Gerechtigkeit zu sorgen, Vertrauen aufzubauen und dadurch unser Land voranzubringen."**

Zeit für Martin Schulz. Jetzt in die SPD eintreten!

Martin Schulz: 10 Ziele für das moderne Deutschland

1 | Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es weniger Staus, schnelleres Internet und bessere Schulen und moderne Berufsschulen, weil hier nachhaltig und strategisch investiert worden ist.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir ab der kommenden Legislaturperiode massiv investieren: in schnelle Glasfaserverbindungen, in die Energiewende, in Forschung und Entwicklung, in Schienen und Straßen, in Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen, aber vor allem in Kitas, Schulen und Hochschulen.
Wir werden eine Investitionsverpflichtung des Staates einführen, die fest in der mittelfristigen Finanzplanung verankert wird. Wir sorgen dafür, dass es in den Schulen unserer Kinder nicht durchs Dach regnet, anstatt Steuergeschenke mit der Gießkanne zu verteilen. Unser Steuerkonzept ist eine gezielte Entlastung für Familien und für kleine und mittlere Einkommen.

2 | Innovationsallianz für die deutsche Industrie

Im modernen Deutschland der Zukunft wird der Wandel in der Industrie aktiv begleitet. Der Mittelstand hat sich auf den Weg ins digitale Zeitalter gemacht. Deutschland ist ein Gründerland, das Startups in ihrem Wachstum unterstützt. Klimaschutz und Industriepolitik sind im modernen Deutschland keine Gegensätze mehr.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir eine aktive Industriepolitik betreiben und eine Innovationsallianz für die deutsche Industrie schließen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. So werden wir etwa die Automobilindustrie in der Bewältigung des Strukturwandels unterstützen und mithelfen, eine Batteriezellproduktion für Elektrofahrzeuge in Deutschland aufzubauen. Wir wollen einen Digitalisierungsfonds auflegen, der gerade auch Mittelstand und Handwerk zugutekommen soll.

3 | Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft

Im modernen Deutschland der Zukunft ist die Digitalisierung vor allem eine Chance auf mehr Selbstbestimmtheit in der Arbeitswelt und auch hier gelten klare Regeln. Der Staat wird digital und ist online rund um die Uhr an sieben Tagen die Woche erreichbar, wodurch das Leben der Bürgerinnen und Bürger erleichtert wird.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir immer fest im Blick haben, dass aus technologischem Fortschritt immer auch sozialer Fortschritt werden sollte. Das heißt, dass wir die Chancen von Arbeit 4.0 nutzen wollen, aber soziale Errungenschaften in der digitalisierten Welt nicht aufgeben werden. Ein Bundeskanzler darf sich nicht von Kompetenzdebatten davon abschrecken lassen, konkrete Verbesserungen zu fordern. Warum gibt es die meisten Formulare nicht online? Warum muss man beim Wohnungswechsel noch zum Bürgeramt laufen? Wir werden ein Deutschlandportal für Bürger und Unternehmen schaffen, in dem alle Formalitäten leicht und unbürokratisch abgewickelt werden können.

4 | Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern

Im modernen Deutschland der Zukunft leben die Menschen frei und respektvoll zusammen. Die gleichen Chancen gelten unabhängig von Geschlecht, Religion oder Herkunft. Der Staat nimmt seine Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Deutschlands wahr – in Stadt und Land. Für alle Bürgerinnen und Bürger wird eine angemessene Versorgung mit öffentlichen Gütern gewährleistet – von der Mobilitätsinfrastruktur über Gesundheit, Bildung und Kultur bis hin zur demokratischen Teilhabe für alle. Der Staat ist handlungsfähig und sorgt für Recht und Sicherheit.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir in eine starke Bürgergesellschaft investieren, die Identität stiftet und Heimat gibt. Wir werden ein Aktionsprogramm für gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland auflegen, das als zentrales Element ein gesamtdeutsches Fördersystem für strukturschwache Regionen enthält. Mit einem Einwanderungsgesetz steuern wir die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt. Durch echte Gleichstellung und wirksame Antidiskriminierungs-maßnahmen werden wir einen neuen Zusammenhalt in der Gesellschaft schaffen. Den Kampf gegen die Feinde unserer Demokratie – egal wie motiviert – werden wir intensivieren.

5 | Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

Im modernen Deutschland der Zukunft gibt es Vollbeschäftigung in guter Arbeit. Niemand, der arbeitet, sollte arm sein. Der Respekt vor der Lebensleistung, die Menschen mit ihrer Arbeit erbringen, drückt sich in würdigen Bedingungen und gerechter Bezahlung aus. Gesundheit und Lebenserwartung sind keine Frage des Portemonnaies mehr und jede und jeder ist im Alter gegen Armut abgesichert.

Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir einen Pakt für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen schließen, die sachgrundlose Befristung abschaffen und uns zum Ziel setzen, dass in vier Jahren deutlich weniger Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten. Wir werden dafür sorgen, dass es eine Qualifizierungsgarantie und ein Chancenkonto für Erwerbstätige gibt. Wir machen Schluss mit der 2-Klassen-Medizin. Mit unserem Rentenkonzept sichern wir das Rentenniveau und verhindern ein Abrutschen in die Altersarmut.

6 | Familien entlasten, Gleichberechtigung voranbringen

Im modernen Deutschland sind Familie und Beruf doppeltes Glück und nicht zweifache Last. Es ist selbstverständlich, dass sich Mütter und Väter um ihre Kinder kümmern, ohne dass sie sich damit gegen die Karriere entscheiden müssten. Frauen haben die gleichen Chancen am Arbeitsmarkt wie Männer.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir massiv in den Ausbau von Kitas und Ganztagsschulen investieren und den Zugang kostenfrei machen. Wir werden das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit endlich umsetzen und somit vielen Frauen einen Weg aus der Teilzeitfalle eröffnen. Mehr Zeit für Familie wollen wir durch ein Recht auf Familienzeit für Kinder und für die Pflege von Angehörigen unterstützen. Familien werden durch unser Steuermodell entlastet und beim Erwerb oder Bau eines Eigenheims durch ein Familienbaugeld finanziell unterstützt.

7 | Eine Bildungsoffensive starten

Im modernen Deutschland sind unsere Schulen und Berufsschulen die Zukunftswerkstätten unseres Landes. Jede und jeder bekommt die bestmögliche Bildung in sanierten Schulen. Über die persönliche Zukunft entscheidet nicht mehr die Herkunft, sondern es zählen Leistung und Talent. Die bildungspolitische Kleinstaaterei ist vorbei, und der Bund kann die Länder auf dem Weg zu besserer Bildung endlich unterstützen – von der Ganztagsschule bis zur Hochschule.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir für kostenfreie Bildung sorgen – von der Kita bis zum Studium oder zur Meisterausbildung. Wir werden alles daransetzen, das Kooperations-verbot abzuschaffen, damit der Bund die Länder endlich unterstützen kann, für bessere Schulen zu sorgen. Wir werden dafür kämpfen, dass Bildung in Deutschland kein ungleicher Flickenteppich mehr ist, sondern wir landesweit Vergleichbarkeit auf hohem Niveau erreichen. Dafür werden wir eine Nationale Bildungsallianz zwischen Bund und Ländern schließen. Als Teil unseres Investitionsprogramms machen wir die Berufsschulen zu Zukunftswerkstätten, wo an den neusten Maschinen mit modernster Technik gelernt wird.

8 | Europa besser machen

Das moderne Europa konzentriert sich auf die großen Fragen unserer Zeit, die Staaten nicht mehr alleine lösen können. Es hat die richtigen Werkzeuge an der Hand und alle wichtigen Entscheidungen sind demokratisch legitimiert. Es ist eine Solidargemeinschaft, in der wir Krisen gemeinsam bewältigen.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir in einem ersten Schritt die Eurozone als Kern der EU reformieren und stärken. Die Eurozone braucht ein Investitionsbudget, das wirtschaftliche Innovation und Kraft europaweit fördert – auch in strukturschwachen Regionen. Wenn wir nicht in Europa investieren, riskieren wir die wirtschaftliche Zukunft unseres Kontinents. Die Weiterentwicklung der Eurozone darf nicht vom Veto von Staaten abhängen, die dieser nicht angehören. Eine Priorität unserer europa-politischen Anstrengungen wird der Kampf gegen den unlauteren Wettbewerb durch Steuerdumping sein.

9 | Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen

Das moderne Europa bekennt sich zum Recht auf Asyl und steht solidarisch zusammen, um ankommende Flüchtlinge in würdigen Bedingungen aufzunehmen, schnell ihre Anträge zu bearbeiten und sie dann fair auf unserem Kontinent zu verteilen.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir im Zuge der nächsten europäischen Haushaltsplanung die Finanzplanung als Solidaritätspakt formulieren. Uns ist es wichtig, dass das Prinzip der Solidarität in Europa wieder gelebt wird. Deutschland muss bereit sein, mehr in Europa zu leisten, und unter Umständen auch mehr zum EU-Haushalt beitragen. Gleichzeitig muss im Solidaritätspakt klar geregelt sein, dass Länder, die Solidarität in wichtigen Fragen verweigern, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen und nicht mehr mit der vollen finanziellen Solidarität Deutschlands und der anderen Staaten rechnen können.

10 | Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

Das moderne Europa tritt selbstbewusst in der Welt mit einer Stimme auf – für Abrüstung, für mehr Entwicklungszusammenarbeit und für den Klimaschutz.
Um aus diesem Zukunftsbild Wirklichkeit werden zu lassen, werden wir nicht zulassen, dass mehr Wirtschaftswachstum zu mehr Ausgaben für Waffen führt, wie es Angela Merkel und Donald Trump wollen. Mehr Sicherheit gibt es nicht mit mehr Waffen, sondern durch Konfliktlösung und -prävention und durch bessere Entwicklungschancen. Dazu gehört auch der Kampf gegen den Klimawandel. Wir fordern deshalb Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und mindestens 1,5-mal mehr zusätzliche Ausgaben für Entwicklung als für Rüstung. Wir wollen eine europäische Verteidigungs-union statt einer Aufrüstungsspirale Formalitäten leicht und unbürokratisch abgewickelt werden können.

Das Menschenrecht auf Asyl ist nicht kontingentierbar!

Als Menschenrechte werden subjektive Rechte bezeichnet, die jedem Menschen gleichermaßen zustehen.

Alle Menschen haben aufgrund ihres Menschseins diese Rechte, die allgemeingültig, unveräußerlich und unteilbar sind. Alle Staaten, die der UNO beigetreten sind, haben sich dazu verpflichtet die Menschenrechte in ihrem nationalen Rechtssystem zu verankern. Durch die Ratifizierung von internationalen Menschenrechtsabkommen und deren Verankerung in den nationalen Verfassungen verpflichten sich die Staaten diese Rechte umzusetzen und als einklagbar auszugestalten. Im deutschen Grundgesetz wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UNO-Generalversammlung von 1948 aufgenommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte beigetreten, der den Rang eines Gesetzes hat und im BGB veröffentlicht ist. Gleichartige Rechte wurden in die Landesverfassung von Bayern aufgenommen. Jeder Mensch ist vor dem Gesetz gleichberechtigt. Es darf niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen oder wegen seiner Behinderung benachteiligt oder bevorzugt werden. Jede Diskriminierung aufgrund des Vermögens, der Geburt oder des sonstigen Status ist verboten. Menschenrechte sind Individualrechte. Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht.

Menschenrechtsartikel 14 (Asylrecht):
1. Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen.

2. Dieses Recht kann nicht in Anspruch genommen werden im Falle einer Strafverfolgung, die tatsächlich auf Grund von Verbrechen nicht politischer Art oder auf Grund von Handlungen erfolgt, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen.

Menschenrechtsartikel 30 (Auslegungsregel):
Keine Bestimmung dieser Erklärung darf dahin ausgelegt werden, dass sie für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht begründet, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu begehen, welche die Beseitigung der in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten zum Ziel hat.

Es gibt keinen Grund warum der 200 001. Asylbewerber nicht mehr dasselbe Recht haben sollte wie der 200 000. Asylbewerber. Jede Partei macht sich unglaubwürdig, wenn sie Gesetzesänderungen vorschlägt, die gegen die Bayerische Verfassung, das Grundgesetz und internationale Vereinbarungen verstoßen. Um eine Obergrenze einzuführen, müßte die CSU zuerst die von Deutschland ratifizierten Menschenrechtskonventionen aufkündigen. Dies wird sicherlich nicht geschehen.

Ihr
Ewald Bensch

****
****

Verfassungsmäßige Zulässigkeit einer Obergrenze für Asylbewerber

Im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise ab dem Jahr 2015 sind bisher mehr als eine Million Flüchtlinge nach Deutschland eingereist. Infolge dieser Entwicklung mehren sich im öffentlichen Diskurs Stimmen, welche die Einführung einer nationalen verbindlichen Flüchtlingsobergrenze fordern. Insbesondere in der CSU wird immer wieder eine verbindliche Flüchtlingsobergrenze von maximal 200.000 Flüchtlingen pro Jahr gefordert. Seehofer hat die Obergrenze sogar zur Bedingung einer etwaigen Regierungsbeteiligung nach der Bundestagswahl im September 2017 gemacht.

Dieser Artikel soll sich der verfassungsmäßigen Zulässigkeit einer Flüchtlingsobergrenze, unabhängig von seiner moralischen und politischen Gebotenheit, widmen.

I. Verstoß gegen Art. 16a Grundgesetz

Art. 16a Abs. 1 GG lautet: „Politisch verfolgte genießen Asylrecht“. Politisch verfolgt i.S.d. Grundgesetzes ist wer wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung einer Gefahr für Leib und Leben oder seiner persönlichen Freiheit ausgesetzt ist.

Art. 16a ist kein schrankenloses Grundrecht. Ausgenommen sind Asylsuchende, die aus einem sicheren Drittstaat einreisen. Eine ausdrückliche Schranke hinsichtlich einer Obergrenze ist jedoch nicht vorhanden. Diese könnte sich allenfalls aus einer sogenannten verfassungsimmaneten Schranke, d.h. einer Beschränkung durch entgegenstehendes Verfassungsrecht ergeben. Ob eine Kapazitätsbeschränkung aufgrund der sozialen, wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik eine solche verfassungsimmanente Schranke darstellt ist in der Rechtswissenschaft umstritten. Nach überzeugender Ansicht kann das Asylrecht jedoch nicht durch Kapazitätsschranken begrenzt werden.

Eine Obergrenze des Asylrechts ist mithin nach Art. 16a verfassungswidrig.

II. Obergrenze durch Verfassungsänderung

Art. 16a könnte durch Verfassungsänderung umgestaltet oder sogar aufgehoben werden. Eine solche Grundgesetzänderung setzt eine Zwei-Drittel-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat voraus und ist damit auf absehbare Zeit höchst unwahrscheinlich. Weiterhin könnten Flüchtlinge, denen eine menschenunwürdige Behandlung in ihrem Herkunftsland droht, schon wegen der Menschenwürdegarantie nach Art. 1 Abs 1 GG nicht abgeschoben werden. Auch mittels Grundgesetzänderung ließe sich daher eine Obergrenze nicht durchsetzen.

III. Fazit

Mit dem aktuell gültigen Grundgesetz ist eine Obergrenze des Asylrechts unzulässig. Durch Verfassungsänderung könnte das Asylrecht zwar so modifiziert werden, dass eine Obergrenze möglich wäre. Trotzdem könnte auch dann der 200.001. Asylbewerber nur abgeschoben werden, wenn ihm in seinem Herkunftsland keine menschenunwürdig Behandlung droht.

Ihr
Ludwig Kandler

Was für Auswirkungen hätte die mögliche Flüchtlingsobergrenze auf die Behörden?

So richtig ruhig ist es in den letzten Monaten in den Amtsstuben der deutschen Ausländerbehörden nicht gerade geworden. Muss doch ein großer Teil der geschätzten 1,5 Mio. eingereisten Flüchtlinge – so sie denn schon alle registriert sind – mit einem Aufenthaltstitel versorgt werden. Die Landratsämter und kreisfreien Städte pfeifen aus dem letzten Loch. Überlastete und unterbezahlte Staatsdiener bearbeiten nicht selten bis zu 4.000 Fälle. Eine Folgewirkung der Jahre 2015 und 2016 verbundene Folgewirkung für die öffentliche Verwaltung.

Doch nicht nur die Ausländerbehörden jammern. Auch die Zahl der Polizei-Einsätze in Bayerns Flüchtlingsunterkünften ist in den zurückliegenden Monaten stark gestiegen. Die Polizei ist seit Beginn der Flüchtlingskrise und darüber hinaus bis ans Limit belastet, um die Lage im Griff zu behalten. Rohheitsdelikte, hauptsächlich Körperverletzungen, stehen dabei an erster Stelle - gefolgt von Diebstahlsdelikten. Offensichtlich aber geraten nicht nur Asylbewerber unterschiedlicher Nationalitäten häufiger aneinander, zugenommen hat auch das aggressive Verhalten gegen die Beamten. Die Staatsanwälte kommen mit Bearbeitung von Strafverfahren kaum mehr hinterher.

Hinzu kommt auch die Überforderung der Gerichte. Diese ächzen seit einiger Zeit unter der Masse an Asylklagen. Denn mit der stetig steigenden Zahl von Asylsuchenden häufen sich auch die Verfahren an deutschen Verwaltungsgerichten.

Und die Gemeinden? Die murren, weil sie nun nicht mehr nur für einheimische, sondern auch für Flüchtlingskinder Schul- und Kindergartenplätze bereitstellen müssen.

Würde eine Obergrenze und der damit verbundene Einreisestopp daher zu einem Freudenschrei bei diesen Behörden führen? Schwer zu sagen. Denn dass die Behörden überfordert sind, liegt nicht (nur) an den Flüchtlingen. So wird in nahezu allen öffentlichen Einrichtungen des Freistaates seit Jahren ein rigider Sparkurs gefahren. Personaleinsparungen sind seit der Stoiber'schen Sparpolitik an der Tagesordnung. Es ist somit kein Geheimnis, dass die genannten Behörden bereits vor der Flüchtlingskrise an diesem Problem zu knabbern hatten. So liegt die bayerische Polizei seit Jahren weit unter ihrer Sollstärke: Viele Stellen sind unbesetzt. Übrigens nicht nur ein bayerisches, sondern auch ein bundesweites Phänomen. Personalnot im Übrigen auch bei der Justiz. Bereits Ende 2013 klagten acht von zehn Staatanwältinnen und Staatsanwälten über Zeitnot. Somit ging den Bundesländern das Personal an den Gerichten bereits aus, als die Flüchtlingskrise noch nicht einmal in Ansätzen erkennbar war. Ebenso fehlten noch im Jahr 2013 in Deutschland an die 150.000 Kita-Plätze für Kinder unter drei Jahren, wo sich die Zahl der unterzubringenden Flüchtlingskinder auf ein Mindestmaß beschränkte. Obergrenze hin oder her. Die Probleme sind mannigfaltig. Auch für die Wohnungsämter. Die von den Landratsämtern und kreisfreien Städten eilig und zu Höchstpreisen (teilweise bis zu 300,00 EUR pro Heimplatz) akquerierten Flüchtlingsunterkünfte wurden vom Freistaat prompt für die Unterbringung der sogenannten „Fehlbeleger" umfunktioniert. Eine Obergrenze hilft hier auch kaum weiter, ist der Mietmarkt doch eh schon kaputt. Familien mit geringem Einkommen schauen bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum in die Röhre. Wie von vielen Seiten befürchtet und prognostiziert, ist auf dem Mietmarkt eine Konkurrenzsituation zwischen Einheimischen und anerkannten Flüchtlingen entstanden. Ein Ende ist nicht in Sicht. Denn nächstes Jahr (März 2018) könnte die zweijährige Nachzugssperre für einen Teil der anerkannten Flüchtlinge (subsidiärer Schutz) wegfallen und weitere Familienangehörige (legal!) in das Bundesgebiet einreisen. Der Kollaps naht, die Behörden können nur zuschauen und weiter Wohnberechtigungsscheine für nicht vorhandenen Wohnraum ausstellen. Wohnungen fehlen perspektivisch vor allem deshalb, weil 300.000 Menschen in die Region München zuziehen wollen. Die Gründung von Wohnbaugesellschaften, wie beispielsweise im Landkreis Fürstenfeldbruck von einzelnen Gemeinden angeregt, scheitern an der Zuständigkeit des Landkreises und nicht zuletzt an fehlenden finanziellen Mitteln. Ein Teufelskreis, aus dem kein Entrinnen mehr möglich ist. Die angedachten, z.T. bereits umgesetzten Lösungen wie Wohnraumzuweisung von Flüchtlingen in entlegenere bayerische Gebiete (Niederbayern, Oberpfalz, Oberfranken), werden nur halbherzig umgesetzt. Ohne Frage stellt dies einmal mehr ein Scheitern der Staatsregierung dar. Fest steht auch: Man kann

weltweit nicht irgendwo hinfliegen, wo man keine Wohnung hat und sagen: hier bin ich, jetzt bitte eine Wohnung. Wenn jemand auf der Flucht davonläuft, ist das etwas anderes. Aber wenn einer einen Flug bucht, – so sehr das menschlich nachvollziehbar ist, wenn jemand seine Familie bei sich haben will – dann muss er auch selbst eine Wohnung organisieren.

Der Schluss liegt daher zunächst nahe, dass eine Obergrenze den durch die Flüchtlingskrise angespannten Wohnungsmarkt entlasten würde. Doch ist dies wirklich der Fall? Bereits im März 2001 hat der Ring Deutscher Makler (RDM) Bayern in seinem jüngsten Marktüberblick eine erhebliche Übernachfrage nach Mietwohnungen in der Landeshauptstadt festgestellt. Bezahlbare Wohnungen waren somit bereits damals knapp und führrten auf breiter Front zu steigenden Mieten bei Neuverträgen.

****
****

Was also bringt eine Obergrenze? Zu allererst geht es darum, Menschen human zu behandeln. Gleichzeitig ist darauf hinzuweisen, dass Humanität nicht grenzenlos sein kann und es Ereignisse gibt, in denen die Gastfreundschaft missbraucht wird. In diesen Fällen muss die Gastfreundschaft beendet werden. Denn eines ist klar: Jede Ressource auf der Welt ist begrenzt.

Ihr
Volker Mösle

HAIR & MEHR L
Neuenstraße 2 • 82269 Geltendorf
Telefon: 0 81 93/50 02 • Telefax: 0 81 93/50 04
– Termine nach Vereinbarung –

Bäckerei
Konditorei
Nau
. . . auf frischer Welle!
82272 Grunertshofen
Grottenstraße 1
Tel. 0 81 46/4 41
Nau's original Holzofenbrote ein Genuß der alten Zeit!
Filialen Sonntags geöffnet
Filiale Türkenfeld, Moorenweiserstr. 1, Tel. 08193/7440
Filiale Mammendorf, Michael-Aumüller-Str. 22, Tel. 08145/6728
Filiale Geltendorf, Neuenstr. 2, Tel. 08193/1002

Kachelofenbau und Keramik Steinke

Albrecht-Dürer-Straße 18 · 82256 Fürstenfeldbruck · Telefon 0 81 41 / 4 23 74 · Telefax 0 81 41 / 4 15 64
e-Mail: steinke.thomas@t-online.de

14:6 für die Vereine

Am 13. Juli 2017 beschloss der Gemeinderat gegen die Empfehlung von Bürgermeister und Verwaltung keine Benutzungsordnung und keine Gebührensatzung für die Nutzung gemeindlicher Gebäude zu erlassen

Wie ist es dazu gekommen?

Schon Anfang 2016 war abzusehen, dass der Gemeindehaushalt durch hohe Kreditaufnahmen belastet werden würde. Diese wurden dann auch gestrichen, damit der Haushalt 2016 in Kraft treten konnte. Zusätzlich war die Gemeinde vom Landratsamt aufgefordert worden Sparmaßnahmen auszuloten und alle Einnahmequellen auszuschöpfen. In der einzigen Finanzausschusssitzung 2016 wurden von den Ausschussmitgliedern 21 Vorschläge gemacht den Gemeindehaushalt zu konsolidieren, aber bis auf 2 Punkte nicht weiter in den Gemeinderatssitzungen behandelt.

Stattdessen kam Ende 2016 der längst angekündigte Vorschlag der Verwaltung auf die Tagesordnung für die Nutzung gemeindlicher Gebäude eine Benutzungsordnung und eine Gebührensatzung zu beschließen. Damit sollte einerseits eine rechtliche Handhabe existieren „wenn etwas passiert“, da die nur teilweise vorhandenen und unterschiedlichen Hausordnungen nicht ausreichen würden. Andererseits sollte ein noch festzulegender Teil der Betriebskosten auf die Nutzer umgelegt werden, da diese Haushaltsposition einen größeren 5-stelligen Eurobetrag ausmacht. Auf Vorschlag der SPD-Fraktion sollten die Vereine eingebunden werden und mit ihnen die Regelungen und Konsequenzen diskutiert werden.

Am 9. Februar 2017 war noch eine kombinierte Ausschusssitzung aus Finanzausschuss sowie Kultur-, Sport-, Jugend- und VHS-Ausschuss angesetzt, in der inhaltlich über diese Regelungen diskutiert werden sollte. Ein Großteil der Teilnehmer hatte diese Sitzung aber noch vor der Sitzungseröffnung verlassen, weil wie schon im Jahr vorher der Bürgermeister sich durch seinen Stellvertreter vertreten ließ, anstatt das Thema Haushaltskonsolidierung zur Chefsache zu machen. Desweiteren wurde dieser Termin im Vorfeld nicht den Vereinen bekannt gegeben (nur durch Aushang im Infokasten) und sollte nach Vorstellung der Fakten „in die Fraktionen zur weiteren Diskussion“ gehen, was nicht dem Beschluss vom Dezember entsprach.

Schon in der Vereinsvorständeversammlung im Oktober 2016 wurde das Interesse an dieser Diskussion kund getan und sollte in der nächsten Sitzung

am 24. März 2017 stattfinden, in welcher der geschäftsführende Beamte Hr. Hänle die neuen Regelungen vorstellen sollte. Stattdessen nahm nur unser Bürgermeister Wilhelm Lehmann an dieser Sitzung teil und verwieß darauf, dass solange der Gemeinderat keinen Beschluss gefasst hat, er die Inhalte nicht in dieser Runde diskutieren könne. Unser ehemaliger Bürgermeister Peter Bergmoser erinnerte daran, dass schon vor seiner Amtszeit im damaligen Gemeinderat beschlossen wurde, die Nutzung der gemeindlichen Gebäude kostenfrei anzubieten, weil die Haushaltsposition zur Förderung der Vereine eher als zu gering einzustufen ist. Es wurde vereinbart, dass unser amtierender Bürgermeister zu einem Vorständetreffen ins Geltendorfer Schützenheim einlädt, um dort die Inhalte dieser Regelungen zu diskutieren.

Stattdessen fand das Thema für viele überraschend wieder Einzug auf die Tagesordnung der Gemeinderäte, ohne diese Vorgespräche und ohne Änderungen, wohl um die ausgefallene Diskussion aus der kombinierten Ausschussitzung nachzuholen. Auf Nachfrage von Wolfgang Albertshofer (SPD-Fraktion) gab es von Hr. Hänle die Auskunft, dass es seit seiner Amtszeit hier in der Gemeinde keine nicht lösbaren Probleme zwischen Gemeinde und Vereine gegeben hätte und über die Zeit vorher kann er keine Auskunft geben. Daraufhin wurde von Wolfgang Albertshofer der Antrag gestellt die Benutzungsordnung nicht zu erlassen, welchem mit 14:6 zugestimmt wurde. Die inhaltiche Diskussion um die zugehörige Gebührensatzung wurde dann auch nicht mehr geführt, weil Josef Weiß (CSU-Frakton) den Antrag stellte die Gebührensatzung nicht zu erlassen, dem wieder mit 14:6 zugestimmt wurde.

Die Vereine stellen ein wesentliches Standbein unserer bürgerlichen Gesellschaft dar. Es bleibt zu wünschen, dass wie in der Vergangenheit sowie in der Zukunft der bewährte Schulterschluss zwischen den ehrenamtlichen und den hauptberuflichen Amtsträgern gepflegt wird.

Nachdem sich nun fast alle Parteien im Bundestagswahlkampf 2017 überschlagen den Solidaritätsbeitrag stückweise oder ganz abzuschaffen, fällt mittelfristig ein 6-stelliger, den Gemeindehaushalt belastender Eurobetrag weg. Dieser wird es der Gemeinde erleichtern ihre Aufgaben im eigenen Wirkungskreis besser zu bewältigen. Somit können sie wieder freiwillige Leistungen übernehmen. Der Bedarf daran ist da. Zudem können nun auch die bereits seit letztem Jahr existierenden Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung diskutiert und beschlossen werden.

Ihr
Ewald Bensch

Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Geltendorf,

seit zwei Jahren lebe ich nun mit meiner Familie in dieser Gemeinde und habe mich, wie man so schön sagt, etwas eingelebt. Viele nette Menschen habe ich hier kennen und schätzen gelernt, die uns in Walleshausen herzlich willkommen geheißen haben.

Durch Gespräche in der Nachbarschaft, der Kirchengemeinde, in der Schule oder im Wirtshaus kommt früher oder später auch das Thema Lokalpolitik auf den Tisch. Eine meiner Leidenschaften.

Geprägt durch meine langjährige Tätigkeit als Ortsgruppenvorsitzender in der Gewerkschaft Industriegewerkschaft Bergbau Chemie Energie (IG BCE) und auch als Vorstandsmitglied des Ortsvereins der SPD, weiß ich, wie wichtig Ansprechpartner sind, um die wahren Probleme – seien es große oder kleine – in der Gemeinde anzugehen.

Denn nur durch Gespräche ist es möglich, die eigentlichen Probleme zu erkennen und dann auch einen Lösungsansatz in die politische Diskussion innerhalb der Gemeinde oder des Landkreises einfließen zu lassen.

So kommt man letztendlich vom einfachen Gespräch, das vielleicht am Gartenzaun begonnen hat, zu einer Lösung für Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Meine Erfahrungen in diesem Bereich möchte ich gerne als frisch gewähltes Mitglied des Vorstandes in diesem Ortsverein einbringen.

„Zeit für mehr Gerechtigkeit“ und „Nicht auf die Zukunft warten. Machen!“ sind die Leitsätze der Bundes-SPD. Aber ist es nicht gerade auch die Lokalpolitik, die genau diese Herangehensweise braucht?

In der Gemeinde und im Landkreis werden Entscheidungen gefällt und Beschlüsse gefasst, die jeden von uns hier unmittelbar betreffen. Gerne möchte ich mich mit meinen Vorstandskollegen daran beteiligen und darauf hinwirken, dass gerechte Beschlüsse gefasst und notwendige Entscheidungen nicht auf die lange Bank geschoben werden.

Ich freue mich nun – nach über zehn Jahren als Mitglied der SPD – auf meine neuen Aufgaben hier im Ortsverein der SPD Geltendorf und auf ein Gespräch mit Ihnen über „Lokalpolitik am Gartenzaun“.

Ihr Dennis Ossadnik

SPENGLEREI
DACHDECKEREI
Dachsanierungen mit eingenem Gerüst und Kranfahrzeug
Spenglerei und Dachreparaturen aller Art
Herbert
HUBER
Meisterbetrieb
82269 Geltendorf · Schulstraße 21
Tel. 08193/ 15 85 · Fax 08193/ 42 06

KALTENBERGER
FRISCHDIENST
Inhaber: William Simmeth
Schönauer Ring 21, 82269 Kaltenberg
Tel: 08193/8030
Fax: 09193/7911
www.kaltenberger-frischdienst.de
Wir freuen uns auf Ihren Besuch:
Montag - Donnerstag 8.00 - 12.00 Uhr
Freitag 8.00 - 15.30 Uhr
Unser Sortiment:
Milch, Käse, Eier Freilandhaltung, Schupfnudeln, Knödelteig, Kartoffelsalate mit Gurke/Schnittlauch ohne Konservierungstoffe, Bratkartoffeln, Weißkrautsalate mit Speck/Paprika, Farmersalat (1 kg Schalen), Maultaschen Pommes Frites, Salate, Suppeneinlagen, Spätzle
Feinkost und Spirituosen
Tiefkühlwaren: Eis, Fisch, Gemüse
Backwaren und vieles mehr
Auch in haushaltsüblichen Mengen und Gebinden!
Lassen Sie sich überraschen!
Der Lieferant der guten Küche!

MOHNBLÜTE

Inh. Marina Lehwald

Telefon 08193 9960560
mail@mohnbluete.com
www.mohnbluete.com

Blumenladen
Neuenstraße 1
82269 Geltendorf
Di – Fr 8.30 - 12.30 Uhr
14.30 - 18.00 Uhr
Sa 8.30 - 12.30 Uhr

Schnittblumen, Trauerfloristik und Pflanzschalen,
Hochzeitsfloristik, saisonales Pflanzenangebot, Dekorationen

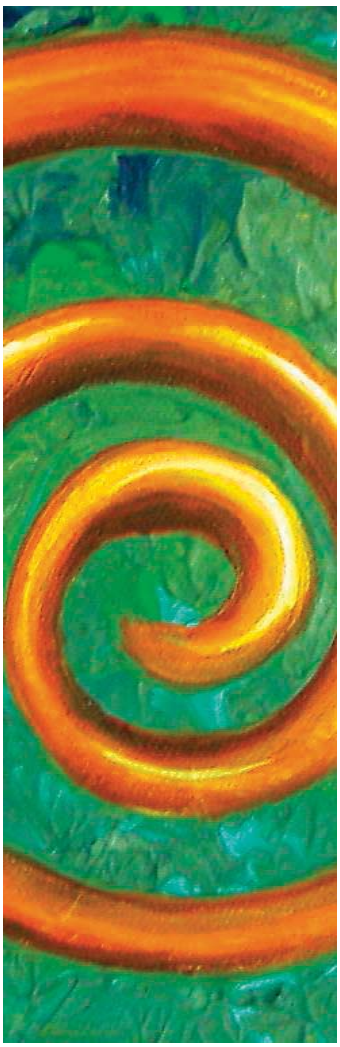
Edwin Süßmeier Brennstoffe

Pellutz Holzpellets Diesel Heizöl

Pellutz Brennstoffe GmbH
Edwin Süßmeier

Schönauer Ring 26b
82269 Kaltenberg

Tel.: 0 81 93 / 42 42
www.pellutz.de



KLANG~WEGE

Gaby Ludwig
08193 – 700 563

Studio & Praxis
für synergetisches Lernen:
Flötenstunden | orient. Tanzkurse
Lernberatung | Konfliktberatung

Geltendorf | Am Sportplatz 11
www.gaby-ludwig.de

„WER SO PERSÖNLICHE DINGE WIE WÄSCHE IN FREMDE HÄNDE GIBT, MUSS DIESEN HÄNDEN AUCH VERTRAUEN KÖNNEN."

TEXTILPFLEGE

Bahnhofstr. 101a
82269 Geltendorf
08193 - 6999

Wir möchten, dass Sie zufrieden sind. Dafür verpflichten wir uns durch unsere einzigartige Qualitätsgarantie.

Inhaltsverzeichnis:	Seite
Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger aller Ortsteile der Gemeinde	1
Bundestagskandidat Christian Winklmeier - Das ist mein Motto in der Politik	2
SPD-Kanzlerkandidat - Zeit für Martin Schulz-	3
SPD-Kanzlerkandidat - Martin Schulz - 10 Ziele für das moderne Deutschland	4
Das Menschenrecht auf Asyl ist nicht kontingentierbar.	6
Verfassungsmäßige Zulässigkeit einer Obergrenze für Asylbewerber	7
Was für Auswirkungen hätte die mögliche Flüchtlingsobergrenze auf die Behörden?	8
14:6 für die Vereine	10
Liebe Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Geltendorf - Dennis Ossadnik	12

www.spd-geltendorf.de

IMPRESSUM
Herausgeber/Redaktion/Produktion:
SPD-Ortsverein Geltendorf
Türkenfelder Str. 8f, 82269 Geltendorf
Layout: Eva Lodde-Bensch, Geltendorf
www.diedruckerei.de
Auflage: 2.300 Stück, einmal jährlich
www.spd-geltendorf.de

Bei den Inserenten in diesem Kehrbesen möchten wir uns herzlich bedanken und wünschen ihnen viele Rückmeldungen.

Der Kehrbesen möchte den einheimischen Gewerbetreibenden eine günstige Plattform zur Werbung geben. Der Ortsverein der SPD will damit die Gewerbe in Geltendorf und Umgebung unabhängig von Parteizugehörigkeit unterstützen. Wenn Sie auch ein kleines oder großes Gewerbe betreiben und günstig in allen Haushalten der Gemeinde Geltendorf werben möchten, wenden Sie sich bitte an:

redaktion.kehrbesen@spd-geltendorf.de
vorstand-ov@spd-geltendorf.de
Werner Tochtermann, Telefon 08193 950743
Ewald Bensch, Telefon 08193 4347

BRUNNEN APOTHEKE

...gemeinsam für Ihre Gesundheit

Wir sind zertifiziert
nach DIN ISO9001
Das bedeutet für Sie, dass die Qualität unserer Dienstleistungen, Produkte und Arbeitsabläufe ständig geprüft werden und optimiert sind.

Apothekerin Mariana Mihali
Bahnhofstr. 73
82269 Geltendorf
Tel. 0 81 93 - 15 33
Fax 0 81 93 - 63 44
www.apotheke-geltendorf.de
info@apotheke-Geltdorf.de

Unsere Öffnungszeiten:

Montag:	8.30-12.30 u. 14.30-19.30
Dienstag:	8.30-12.30 u. 14.30-18.30
Mittwoch:	8.30-12.30 u. 14.30-18.30
Donnerstag:	8.30-12.30 u. 14.30-19.30
Freitag:	8.30-12.30 u. 14.30-18.30
Samstag:	8.30-12.30